



Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 16.12.2022, 13:00 Uhr

Bezirksrat Johannes Spielbauer
DIE LINKE

Rede anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2023
am Freitag, den 16. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Einwohner:innen des Bezirks Niederbayern,

Obwohl ich seit 2020 Mitglied des Bezirkstages bin, ist dies meine erste Haushaltsrede, coronabedingt wurden die bisherigen Reden nur zu Protokoll gegeben. Umso mehr freut es mich, dass wir nun eine "richtige" Haushaltssitzung abhalten können. 552 Millionen Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt und fast 25 Millionen Euro im Vermögenshaushalt zeigen die Bedeutung der Entscheidung des Bezirkstages. Ich möchte diese erste Haushaltsrede auch dazu nutzen Herrn Bezirkstagspräsidenten Dr. Heinrich für die offene Zusammenarbeit und Kommunikation zu danken. Auch wenn man politisch anderer Ansicht ist, halte ich einen fairen und menschlichen Umgang für wichtig. Die Erhöhung der Anzahl der Angriffe und Beleidigungen von Kommunalpolitiker:innen zeigen, dass dies keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Nun ganz konkret zum Haushalt 2023:
Vielen Dank an die Verwaltung für die Ausarbeitung.
Kostensteigerungen, vor allem im sozialen Bereich sind vor dem Hintergrund der aktuell hohen Inflation mehr als gerechtfertigt.
Gleichzeitig wird die Einnahmenseite aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation kleiner. Dennoch halte ich es für die richtige Entscheidung, dass wir die Bezirksumlage nicht erhöhen.

Nicht nur die Bezirke leiden unter der wirtschaftlichen Lage, sondern auch in ganz besonderem Maße die Landkreise und kreisfreien Städte. In Straubing beispielsweise musste eine dringend nötige Baumaßnahme bezüglich der Stadtgärtnerei und des Bauhofs auf unbestimmte Zeit verschoben und die Bewerbung zur Landesgartenschau zurückgezogen werden. Beides wäre für die langfristige Entwicklung der Stadt sehr wichtig gewesen.

Im Vergleich zu den kreisfreien Städten und Landkreisen ist der Bezirk aber finanziell gut aufgestellt.
Deshalb ist es einfach richtig, auf die Rücklagen zurückzugreifen und auf eine Erhöhung der Bezirksumlage zu verzichten. Es geht nicht, dass Umlagezahler dringend nötige Projekte einstampfen, der Bezirk hohe Rücklagen hat und trotzdem die Bezirksumlage erhöht.
Man muss sogar eine Reduzierung der Bezirksumlage in Betracht ziehen. So könnte man die Landkreise und kreisfreien Städte in dieser schwierigen Zeit noch stärker entlasten.
Auf der anderen Seite muss auch der Bezirk selbst mit höheren Kosten rechnen, die Zukunft ist hier sehr ungewiss. Keinesfalls dürfen wir zukünftig Kürzungen im Sozialbereich vornehmen. Um diese Gefahr zu vermeiden, sollten die Rücklagen nicht gänzlich auf einmal verbraucht werden. Ich gehe deshalb mit dem Vorschlag der Verwaltung mit den Umlagesatz

nicht zu reduzieren, sondern gleich zu lassen und dafür die nächsten Jahre die Rücklagen aufzubrechen.

Mittel und langfristig muss hier einfach der Freistaat stärker einspringen. 88 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts des Bezirks fallen in den Bereich "Soziale Sicherung". Natürlich sind das auch Aufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte. Aber in besonderer Weise eben Aufgabe des Freistaates. Viele Kommunen sind hoch verschuldet und können nur noch Pflichtaufgaben erfüllen. Über die Kreisumlage zu den Landkreisen bzw. bei den kreisfreien Städten direkt, hat dies auch Auswirkungen auf uns Bezirke. Im schlimmsten Fall führt dies dazu, dass aufgrund von Sozialleistungen des Bezirks, Projekte der Kommunen nicht durchgeführt werden können. Dies führt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft. Es darf nicht dazu kommen, dass wir deswegen soziale Leistungen reduzieren, es darf nicht zu einer Ausgrenzung der sozial Benachteiligten kommen.

Der Freistaat muss hier stärker in die Pflicht genommen werden. Die Reduzierung der Rücklagen ist hier ein gutes Zeichen an den Freistaat Bayern, dass stärkere Unterstützung nötig ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den ich näher eingehen möchte, ist der Stellenplan.

Grundsätzlich bin ich damit einverstanden. Was mich aber stört sind die Reduzierung der Stellen im sozialen Bereich. 11 Stellen weniger, das ist ein Abbau von über 5 %.

Die Stellen sind zwar nicht besetzt, aber die Arbeit im sozialen Bereich wird nicht weniger werden. Die Auswirkungen der Coronapandemie werden dazu führen, dass mehr Menschen Leistungen des Bezirks in Anspruch nehmen müssen. Dafür werden wir mehr Personal brauchen.

Eine Neuschaffung von 11 Stellen müsste schon sehr gut begründet werden. Wir sollten jetzt nicht Stellen streichen, die wir später wahrscheinlich sowieso benötigen werden. Darum bin ich gegen den Stellenabbau. Ich beantrage über den Stellenplan separat abzustimmen.

Dem Haushalt werde ich dann zustimmen, dem Stellenplan nicht.

Johannes Spielbauer
Bezirksrat DIE LINKE.